

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Angelschwab: Die Seepallenselle 1,50 Mk., vom
Gewürz 2. — **Wk. Arbeitsmarkt:** Fußhanger 5.—
nach der 2. Teil, die 3-pollige Rohhänge 5.— — **Wk.**
von Gewürz 1. — **Wk. Bei Wiederholung** **Wk.**
Kausen die 1. Teil 9 Mk. — **Wk. Kausen** **Wk.**
Expeditoren: Am Spandau 4. — **Telephon** 1990.

Donnerstag, den 8. Juni 1921

12. Jahrgang

Illusionen und Realitäten der Völkerverständigung.

Manchester, 8. Juni. (Reuter.) Churchill erklärte in einer Rede, die einzige Bürgschaft für einen dauernden Frieden beruhe in der Erreichung einer Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Frankreich habe von britischer und amerikanischer Seite keine Zusicherungen der Hilfe für den Fall erhalten, daß die Ereignisse von 1914 sich wiederholen sollten. Begreifliche Besorgnisse habe die französische Politik in eine Bahn geführt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England hervorgerufen haben. Möge Großbritannien bestrebt sein, die Zwietracht zwischen dem französischen und dem deutschen Volke zu mildern.

Manchester, 6. Juni. Nach einer Reutermelung machte Churchill noch folgende Ausführungen: Wenn wir den besorgten oder erregten Völkern der Welt ihren Anteil an der wiederkehrenden Sicherheit nicht geben, ist es nicht gut, sich auf das Papier des Völkerbundes zu verlassen. Wenn wir Europa wieder auf die Beine stellen wollen, gibt es meiner Meinung nach nur einen Weg: Es muß aufrichtiger Frieden zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bestehen. (Beifall.)

Berlin, 9. Juni. Der Führer des obereschleßischen Selbstschutzes, Generalleutnant Hoefler, erklärte im Verlaufe einer Unterredung mit Pressevertretern, daß er die Befehle von Gleiwitz durch die Engländer für den Anfang der Säuberungsaktion halte. Sollten die alliierten Truppen für die energische Säuberung des Industriegebiets nicht ausreichen, so sei der Selbstschutz bereit, sich dem interalliierten Befehl unterzuordnen und jede ihm übergebene Aufgabe restlos loyal durchzuführen. General Hoefler betonte, daß er mit offenen Karten spiele. Er habe seine sämtlichen Pläne und Stellungen dem englischen Oberbefehlshaber übergeben. Zum Schlusse seiner Ausführungen hob General Hoefler hervor, daß der Selbstschutz keine parteipolitische Färbung trage. Er sei lediglich dazu da, die obereschleßischen Lande vor dem Einfall der Polen zu schützen, solange die internationalisierte Kommission nicht die Macht hat, dies selbst zu tun.

Der obereschlesische Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ berichtet über grauenhafte Vermüthungen, die die polnischen Insurgenten in der Stadt Randzín angerichtet haben. Die Polen haben besonders in den Beamten- und Arbeiterhäusern alles vollkommen verüthet, zerchnitten und beseinigt. Auf dem Schlosse des Prinzen Hohenlohe-Nehringen ist alles Inventar zertrümmert worden. Die evangelische Kirche in Randzín ist durch polnisches Granatfeuer zerstört worden.

Raffob, 8. Juni. Ueber den Feuerüberfall der polnischen Insurgenten wird gemeldet: Früh gegen 4 Uhr unternahmen die Polen einen heftigen Feuerüberfall auf den Vorort Plantia, wobei sie vorzugehen versuchten. Sie wurden jedoch durch schwere und leichte Maschinengewehre und durch Gemechschneßfeuer zurückgetrieben. Darauf besetzten sie die Stadt und hauptsächlich die über die Ober führende Bernerbrück und die Schloßbrücke mit Granaten, richteten aber keinen nennenswerten Schaden an. Auf der Oberstraße durchschlug eine Granate das Dach eines Hauses, ohne jedoch zu freipieren. In der Stadt wurden Gemechgeschosse aufgefunden, die deutlich als Explosionsgeschosse und zu Dummgeschossen umgewandelte Kugeln österreichischer Herkunft zu erkennen waren. In den letzten Tagen wurden von verirrten Kugeln 10 Personen verwundet, darunter ein italienischer Soldat schwer.

Wie der „Berl. Botschaft.“ aus Oppeln mittheilt, haben die Behörden der polnischen Aufständischen eine Verfügung über die Umgliederung des auf dem rechten Oderufer liegenden Theiles des Kreises Ratibor an den Kreis Ragnit und des auf demselben Oderufer liegenden Theiles des Kreises Kosel an den Kreis Gleiwitz erlassen.

Oppeln, 8. Juni. Gemäß Verfügungen der polnischen Aufstandsbehörden wird die Genehmigung zur Ausfuhr von Rohle, Britetts und Kots in das Ausland (d. h. alle nicht obereschlesischen Gebiete) fernerhin von dem Ausschuß für Handel und Industrie beim Obersten Kommando der Aufständischen in Oberschlesien erteilt. Die bisherige deutsche Rohlensteuer muß an die Filiale der Ironauftriebsbank in Myslowitz auf Rechnung des Obersten Kommandos in Oberschlesien eingezahlt werden. Diese Maßnahme der Aufstandsregierung richtet sich unmittelbar gegen die internationalisierte Kommission.

Dresden, 8. Juni. Wie die Warschauer „Kurierpost“ mitteilt, sollen sich in der Angelegenheit Oberschlesiens politische Sonderabmachungen nach den Hauptstädten der Entente und zum Heiligen Stuhl begeben.

Paris, 7. Juni. Die englische Regierung hat, wie die Havasagentur bestätigt, der französischen Regierung gestern eine Antwort auf die französische Note vom 30. Mai zugehen lassen. Die britische Regierung erklärt sich darin mit der französischen Regierung einig, daß die gesetzliche Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wiederhergestellt werden müsse, bevor irgendeine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung fügt hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars in Oberschlesien über die Lage abwarten wolle, ehe sie sich über die Frage der Prozedur aussprechen wolle, die versucht werden solle, um das oberschlesische Problem zu lösen. Die französische Regierung hat sofort auf diese Mitteilung geantwortet und erklärt, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkt anschließe. Es habe fernerhin in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen.

Berlin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichstangler Dr. Wirth das Wort und führte aus, daß die außenpolitische Lage durch unser Jamort geklärt sei. Ungeklärt sei die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Ultimatum erwachsen. Wir haben in unserer auswärtigen Politik dem Gedanken Rechnung getragen, der der Leitstern unserer Politik ist. Auch in der ober-schle-si-schen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur internationalen Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verständigung zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben. Wir können uns in der ober-schle-si-schen Frage von dem Recht, das uns im Friedensvertrag von Versailles gegeben ist, nicht abbringen lassen. Die ober-schle-si-sche Frage darf nicht durch die Diktatur der politischen Infurgenten gelöst werden. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt nicht die Nerven verlieren, daß die ober-schle-si-sche Frage durch Schiedspruch des Obersten Rates gelöst werde, der nicht an dem Ergebnis der Abstimmung, die überwiegend deutsch war, vorbeigehen kann. (Beifall.) Der Reichstangler bittet ferner den Reichswirtschaftsrat um seine Mitarbeit bei der schwierigen Aufgabe der Durchführung des Ultimatus. Vor allem sei die Frage der Ausfuhrabgabe und die Herausfindung eines neuen Indes eine gewaltige Aufgabe für die sachkundigen Beratungen des Reichswirtschaftsrats. Mit Pessimismus wollen wir an dieses Problem nicht herangehen, sondern mit Mut und Optimismus. Alle Kreise müßten sich darüber klar sein, daß nicht durch neue Kriege, sondern nur durch Opfer und Leistungen dem Vaterlande der Weg zur neuen Freiheit gebahnt werden könne. (Beifall.)

Memel, 8. Juni. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, wurde in der gestrigen Sitzung des Staatsrats des Memelgebietes zum ersten Male der Etat beraten, der in Einnahmen und Ausgaben mit 102 704 484 Mk. ohne Selbsttrag abschließt, wodurch der Beweis erbracht ist, daß das Memelgebiet finanziell selbstständig wirtschaften könne. Der Vizepräsident des Staatsrats, Kraus, führte u. a. aus: Wir wollen in freundschaftlichen Beziehungen mit allen Nachbarstaaten leben, aber auch ebenso bestimmt zum Ausdruck bringen, daß wir politisch unsere Selbständigkeit beanspruchen, damit unsere 100 jährige bodenständige Kultur zu ihrem vollen Recht kommt. Der Präsident des Memelgebietes, Altenberg, drückte den Wunsch aus, daß die Woiwaskerkonferenz bei der Entscheidung über die Zukunft des Memelgebietes sich von den Wünschen und Interessen der weit überwiegenden Mehrzahl der Bewohner leiten lassen möge. Der Etat wurde gegen die Stimmen dreier großrussischer Staatsräte angenommen. Diese erklärten, der Etat biete keine Gewähr für die Lebensfähigkeit des Memelgebietes, er sei gewissermaßen ein Schein-

Der größte Fehler, den ein Politiker begehen kann, ist die Tragweite gewisser Ereignisse zu überschätzen. Aber der zweitgrößte ist sie zu unterschätzen. Beide Fehler werden naturgemäß an. Aufzügen in einer von politischen Leidenschaften so aufgewühlten Zeit wie der heiligen begangen, und es gibt kaum ein politisches Ziel, an dem uns diese Wahrnehmung deutlicher bewußt wird, als das am heftigsten erstrebte der Völkerverständigung.

Die Höferversständigung ist das Kernproblem des Wiederaufbaus der Welt und der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sittlichen Gesundung der Menschheit. Schon diese Erwägung sollte uns davon zurückschalten, alle Bestrebungen, die ihrer Vermittlung dienen, von vornherein als fromme Schwärmerei abzutun. So mancher Kühne und newartige Fortschrittsplan hat es sich gefallen lassen müssen, bei seinem ersten Auftauchen als Illusion verläßt zu werden, bis er sich auflöst, nach dem Befehl der geschichtlichen Entwicklung, durchgesetzt und Zustände geschaffen hat, die allgemein als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Wie wenige Menschen haben beispielsweise noch vor drei Jahren die Errichtung der deutschen Republik und die durch sie eingeleitete soziale Umgestaltung für möglich gehalten!

Es ist zweifellos richtig, daß zunächst die Völkerverständigung auf der Grundlage der Friedensverträge von 1919 aufs äußerste erschwert worden ist. Wenn aber ihre Herbeiführung neuerdings wieder häufiger besprochen wird, so hat das doch auch reale Gründe. Der Siegesrausch der Alliierten beginnt langsam, aber sicher einer nüchternen Einschätzung der weltpolitischen Zukunft zu weichen. Wenn das bisher, soweit Deutschland in Betracht kommt, nicht in Erscheinung getreten ist, so ist ein nicht geringer Teil der Schuld auf das Konto der nun endlich abgetretenen rein bürgerlichen Regierung Fehrenbach zu setzen, die unter Anführung der kapitalistischen und reaktionellsten Deutschen Volkspartei jedes klare Programm, jede Aufrichtigkeit und jede entschlossene Tatkraft in der Durchführung der von Deutschland nun doch einmal in Versailles übernommenen Wiedergutmachungsverpflichtung vermissen ließ. Demgegenüber sind die bisherigen außenpolitischen Erfolge der Regierung Wirth, die sofort mit der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen auf die Entente Ernst gemacht hat, geradezu erstaunlich. Sie werden am deutlichsten wahrnehmbar an der englisch-französischen Spannung, die sich durch das oberschlesische Problem ergeben hat. Auch diese Spannung darf man einstweilen wahrhaftig nicht überschätzen. Aber die Tatsache, daß Lloyd George zum ersten Male eine gewisse Mäßigung, ja, sogar eine Kurschwengung der französischen Politik gegenüber Deutschland durchzusetzen vermocht hat, ist ein nicht gerade gering zu wertender Erfolg der deutschen Annahme des Londoner Ultimatus auf das Drängen der Sozialdemokratie hin. Es ist schon so, wie der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt, wenn er die Abneigung Englands gegen ein von Frankreich angeregtes formelles englisch-französisches Bündnis so begründet: Die britische und die französische Politik seien heute radikal von einander verschieden. Es sei zwecklos, zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel haben, wenn es doch nicht der Fall sei.

Doch Frankreich heute, wie es schon Brand in seiner letzten Kammerrede hat durchblicken lassen, der Gefahr der Isolierung gegenübersteht, hat im Grunde dieselben Ursachen, die auch die Vereinfachung Deutschlands bedingt haben. Nationaler Egoismus und Völkerverachtung, und wirtschaftspolitisch gesprochen, Kapitalismus und Sozialismus sind die großen Gegensätze, die ihren Entscheidungsskampf gegeneinander begonnen haben. Das zeigt sich so recht deutlich am Problem des Wiederaufbaus Nordfrankreichs. Die Bevölkerung der verwüsteten Gebiete wünscht die deutsche Beihilfe, und die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, sie zu leisten. Aber der Wiederaufbauminister Doucheur ist in erster Linie darauf bedacht, bei diesem wahren Werte der Völkerverständigung die Geschäftsinteressen der französischen Großindustrie möglichst nachdrücklich zu fördern. Daß auch in Frankreich immer weitere Volksteile die Regierungspolitik abzulehnen beginnen, geht aus den Worten hervor, mit denen der französische Völkerrechtler Auzanb, der kürzlich vor ganz kurzer Zeit den Willen Deutschlands zur Wiedergutmachung äußerst skeptisch beurteilt hat, auf der Verser Tagung der Union der Völkerbündvereinigungen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund empfohlen hat. Wenn wir Deutschland", so führte er aus, "in den Völkerbund aufnehmen, so stärken wir seinen Geist der Demokratie, seinen Eintracht und des Friedens." Die Tendenz dieser Worte, die auch von andern französischen Vertretern unterstrichen worden sind, sollten sich besonders unsere deutschnationalen Störer des äußeren und inneren Friedens sehr eindringlich zu Gemüte führen. Freilich darf der Völkerbund dann nicht mehr so aussehen, wie ihn die Schöpfer des Pariser Friedens

